



BEZAHLUNG

Unsere Arbeit ist mehr wert!

Die Polizeibeschäftigten brauchen mehr Geld in der Tasche, von Josef Schneider, GdP-Landesvorsitzender

Die Arbeit der baden-württembergischen Polizei ist im bundesweiten Vergleich „Spitze“. Dies ist immer wieder von den politisch Verantwortlichen im Land zu hören. Dieser Bewertung wollen wir gerne auch beipflichten. Gelegentlich wird diese Feststellung dann auch noch mit einem besonderen Dank aus der Politik an diejenigen, die für die gute Bewertung verantwortlich sind, verbunden. Das war es dann aber in der Regel schon. Gedanken über die leistungsgerechte Bezahlung macht sich in diesem Lande aber niemand.

Die Polizei ist eine Einheit, deshalb sind auch alle Beschäftigten am Zustandekommen des Gesamteindrucks unserer Arbeit beteiligt. Deshalb müssen auch alle Beschäftigten der Polizei anständig entlohnt werden. Darauf will ich an dieser Stelle besonders hinweisen. Wir sollten uns da niemals auseinanderdividieren lassen. Es ist gut so, dass sich die Einkommen der Beamtinnen und Beamten in der Vergangenheit an den Tarifabschlüssen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientiert haben. Dies soll nach Auffassung der GdP auch so bleiben.

Nicht mehr zeitgemäß

Als unser Innenminister beim Neujahrsempfang der GdP zu Jahresbeginn öffentlich sagte, die Bezahlung nach A 7 sei für eine professionell agierende Polizei nicht mehr zeitgemäß, keimte leise Hoffnung auf eine „Strukturdebatte“ über die leistungsgerechte Bezahlung der Polizeibeamtinnen und -beamten im Land. Diese Hoffnung blieb seither unerfüllt. Wer oder was hindert die Politik eigentlich daran, die Besoldungsgruppe A 7 für die Polizei einfach abzuschaffen? Dafür braucht man keine Dienstrechtsreform und keine eigene Besoldungsordnung für die Polizei! Man muss es einfach tun.

Flagge zeigen

Ich will mich an dieser Stelle deshalb auch nicht weiter mit der Struktur der Po-

lizeibesoldung befassen. Diese Debatte wird noch zu führen sein – insbesondere im Wettbewerb um den erforderlichen qualifizierten Nachwuchs für die Polizei. Aufgrund der deutlich erkennbaren inflationären Tendenzen im Land, die vor allem durch die ständig steigenden Energiepreise verursacht werden, brauchen die Beschäftigten der baden-württembergischen Polizei mehr Geld zum Leben. Der von allen deutlich zu spürende Kaufkraftverlust bei ihren Einkommen muss korrigiert werden. Deshalb müssen wir in der nächsten Tarifrunde gemeinsam „Flagge zeigen“.

Schimpfen allein ändert nichts

Es geht mir deshalb darum, alle Polizeibeschäftigten – insbesondere die Beamtinnen und Beamten jetzt schon ein wenig aus ihrer Lethargie zu erwecken. Schimpfen allein ändert nichts! Wer Änderungen will, muss sich beteiligen. Wer mehr Einkommen will muss dies öffentlich auch deutlich untermauern. Deshalb müssen wir uns rechtzeitig als Polizei bemerkbar machen, wenn zu Beginn des kommenden Jahres, die für uns relevanten Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) geführt werden. Die Menschen im Land müssen wissen, wer von diesen Verhandlungen betroffen ist.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen, so hat dies unser Ministerpräsident dem DGB gegenüber mehrfach versichert, soll dann zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenbesoldung im Land übertragen werden.



Josef Schneider

Mitmachen

Gerade die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen zu Beginn des Jahres 2008 haben gezeigt, dass die Arbeitgeber die „Kampfbereitschaft“ der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (dazu gehören nach dem Verständnis der GdP auch die Beamtinnen und Beamten) erkennen müssen. Nur durch massive Warnstreiks war es möglich, zu einem vernünftigen Abschluss – der inzwischen auch auf die Bundesbeamtinnen und -beamten übertragen wurde, zu kommen. Diese Warnstreiks fanden aber vor allem im kommunalen Bereich und auf den deutschen Flughäfen statt. Müllwerker, Bus- und Straßenbahnfahrer und städtische Bauhöfe haben da eine besondere „Macht“. Diese „Macht“ wird uns aber zu Beginn des nächsten Jahres fehlen! Gerade deshalb wird es darauf ankommen, wie sich die Beamtinnen und Beamten des Landes verhalten. Wenn wir einfach

Fortsetzung auf Seite 2



BEZAHLUNG

Fortsetzung von Seite 1

„unbeteiligt“, vor und während der Tarifverhandlungen unsere Pflicht erledigen, dann ist es wahrscheinlich, dass kein gutes Ergebnis bei den Tarifverhandlungen herauskommen wird.

Für seine Interessen eintreten

Ich will hier keine Debatte darüber führen, ob das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte ein Tabu für immer sein muss. In den meisten Ländern der EU haben auch Beamtinnen und Beamte ein Streikrecht. Ich will aber darauf aufmerksam machen, dass Beamtinnen und Be-

amte selbstverständlich ihre Meinung – natürlich auch ihre Forderungen – kundtun und sich auch an Demonstrationen beteiligen dürfen.

Gute Arbeit verdient auch gutes Geld:

Wir müssen uns spätestens nach den Sommerferien gut aufstellen, um dann gemeinsam im Tarifverbund mit ver.di

und der GEW den öffentlichen Arbeitgebervertretern klar zu machen, was wir von ihnen erwarten. Die „Betroffenheit“ der Polizei muss in der Öffentlichkeit erkennbar werden, und wir müssen unserer Landesregierung deutlich machen, dass sie sich aktiv auf die Seite der TdL für unsere Forderungen einbringen muss, denn eines ist sicher: Unsere Arbeit ist mehr wert! Gute Arbeit verdient auch gutes Geld!

josch

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „September 2008“ ist Freitag, der 8. August 2008, und für die „Oktober-Ausgabe 2008“, Montag, der 8. September 2008.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Baden-Württemberg**

GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:
Wolfgang Schmidt (V.i.S.d.R.)
Weissensteiner Straße 79
73525 Schwäbisch Gmünd
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
Handy-Nr.: 01 71/8 57 20 00
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Auf den Tag genau, am 1. Juli 2008 war unser Landesgeschäftsführer Ralf Knospe 10 Jahre bei der GdP Baden-Württemberg beschäftigt.

Wie schnell die Zeit vergeht, mag sich mancher denken, der sich noch an die Anfangszeiten von Ralf Knospe erinnert. Unermüdlich hat Ralf Knospe, mit seinem Team der Geschäftsstelle, in diesen 10 Jahren bewiesen, dass die GdP für ihre Mitglieder in allen gewerkschaftlichen Fragen kompetent ist. Wenn man sich fragt, was tut denn so ein Landesgeschäftsführer den ganzen Tag, dann will ich nur ein paar Bereiche nennen, die nicht den Anspruch auf Vollständigkeit der Arbeit von Ralf Knospe erheben.

Hausverwaltung, Personalchef, Organisationsleiter (manche von Euch haben ihn ja auf den Demos erlebt) usw.; Ralf Knospe ist auch für das gesamte EDV-Netzwerk auf der Geschäftsstelle verantwortlich, und er ist der Geschäftsführer der Service GmbH.

Es kommt nicht selten vor, dass Ralf Knospe selbst Hand anlegt, um der GdP Kosten zu sparen. Er hat auch dafür gesorgt, dass auf dem Dach der GdP-Geschäftsstelle die größte Fotovoltaikanlage von Hochdorf montiert wurde.

Ralf Knospe ist nunmehr seit 28 Jahren GdP-Mitglied. Von 1982 bis 1998 war Ralf Knospe Vertrauensmann innerhalb der Kreisgruppe im Ortenaukreis. Von 1992 bis 1993 war er stellv. Landesvorsitzender der „Jungen Gruppe“ und ab 10/1993 bis 1996 Landesjugendvorsitzender. Gleichzeitig hat er auch Funktionen auf Bundesebene übernommen. So war

PERSONALIEN

Jubiläum



Ein edler Tropfen ...

er stellv. Bundesjugendvorsitzender von 5/1994 bis 9/1996.

Zum Bundesjugendvorsitzenden wurde er dann im September 1996 gewählt. Dieses Amt übte er bis Mai 1998 aus.

Seit dem 1. Juli 1998 bis heute ist er bei der GdP Baden-Württemberg beschäftigt.

Der geschäftsführende Landesvorstand hat am 23. Juni 2008 dies zum Anlass genommen, Ralf Knospe für die abgelaufenen 10 Jahre Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen.

Josef Schneider erinnerte bei seiner Ansprache an die vielen Ereignisse in diesen 10 Jahren, die sehr oft von den Beteiligten vieles abverlangten, was über ein normales Maß hinausging.

Als kleines Geschenk bekam Ralf Knospe erlesene „Tropfen“ eines Weingutes, die dem Alter des Jubiläums entsprachen.

wosch



Als GdP-Mitglied leuchten für Dich ganz viele Sterne!



Viele gute Gründe, jetzt Mitglied zu werden und Mitglieder zu werben!

Die Risiken eines verantwortungsvollen Berufes und unserer modernen, technisierten Umwelt kann niemand allein tragen.

Wir bieten Dir:

- ✓ GdP-Rechtsschutz
- ✓ GdP-Diensthaftpflicht-Regressversicherung
- ✓ GdP-Regress-Haftpflicht-Versicherung
- ✓ GdP-Beruf- und Freizeit-Unfallversicherung
- ✓ GdP-Sterbegeldbeihilfe
- ✓ Wir setzen uns für Deine leistungsgerechte Bezahlung ein.
- ✓ Wir machen uns in den Medien stark für die Interessen und das Ansehen der Polizei.
- ✓ Wir sind die Gewerkschaft aller Sparten, die eine leistungsfähige Polizei ausmachen: Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Verwaltung, Beamte, Angestellte und Arbeiter.
- ✓ Wir sind mit einem Vertrauensmann direkt vor Ort in nahezu jeder Dienststelle.
- ✓ Wir versorgen Dich mit Informationen durch unsere Mitgliederzeitschrift DEUTSCHE POLIZEI.

Deine Mitgliedschaft bringt Dir viele Vorteile:

- ✓ Hohe Rabatte bei Reisen, Neuwagen, Medikamenten und Handyverträgen.
- ✓ Die günstige GdP/BHW VISA Card/Master Card im Doppelpack
- ✓ Preiswerte Zusatz-Rechtsschutzversicherung bei der Advocard
- ✓ Sensationell günstige Versicherungen jeglicher Art bei der PVAG Polizeiversicherungs AG

Die Kompetenz für Baden-Württemberg Gewerkschaft der Polizei! Beitrittserklärung



Hiermit trete ich der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk BW e.V. bei, deren Satzung ich anerkenne.

Mit meiner Unterschrift ermächtige ich die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk BW e.V., die im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Daten zu speichern, soweit dies zur üblichen Betreuung des Ermächtigten oder zur ordnungsgemäßen Durchführung der Mitgliedschaft erforderlich ist. Die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes zur Datenübermittlung bleiben unberührt. Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Deutsche POST AG im Umzugsfalle meine neue Adresse an den Verleger der Mitgliedszeitschrift DEUTSCHE POLIZEI weiterleitet.

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die GEWERKSCHAFT DER POLIZEI, Landesbezirk BW e.V., widerruflich den Gewerkschaftsbeitrag vierteljährlich bei Fälligkeit (immer zum 1. Februar, Mai, August und November) zu Lasten meines genannten Giro- bzw. Postscheckkontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

25 € Tankgutschein für den Werber!



Ich habe ein Neumitglied geworben . . .

Name

Vorname

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ Wohnort

Bankleitzahl Kontonummer Name der Bank/Postgiro

Geburtsdatum Beitrittsdatum

Dienststelle:

bei Schupo/Kripo/Verw./WSP/Bepo etc.

Amts-/Berufsbezeichnung

Besoldungs-, Vergütungs-, Lohngruppe

Std. ____ %
Arbeitsstunden/Woche bei Teilzeit

Ort Datum Unterschrift Ort Datum Unterschrift

Deine GdP: Ganz persönlich. Eine starke Gemeinschaft. Die GdP - eine für alle.

Die Probleme mit dem Grundgesetz

Von Rüdiger Seidenspinner, stellv. Landesvorsitzender

In Artikel 78 der Landesverfassung ist geregelt, dass jeder Beamte/ jede Beamtin den nachfolgenden Eid zu leisten hat: „Ich schwöre, dass ich mein Amt nach bestem Wissen und Können führen, Verfassung und Recht achten und verteidigen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Der Hinweis auf die Verfassung scheint schon seinen Sinn zu haben, so mancher hat damit aber wohl erhebliche Schwierigkeiten. Dies ist gewiss eine gewagte Behauptung, ich glaube aber, dass sie so falsch nicht ist.

Schutz des Grundgesetzes

Die Gewerkschaften unterliegen dem „Schutz“ des Grundgesetzes. So steht es da zumindest. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben sich schon etwas dabei gedacht, als sie das so formuliert haben.

Dass sich die persönliche Einstellung nicht immer mit der der Mütter und Väter des Grundgesetzes decken muss, ist klar und natürlich. Dies haben die Frauen und Männer im Parlamentarischen Rat wahrscheinlich schon geahnt. Sie haben dies u. a. unter dem Begriff der Meinungsfreiheit, übrigens einem der höchsten Güter bei uns, subsumiert.

Gibt es was Vergleichbares, wie unser Grundgesetz? Diese sicher nicht ganz einfache Frage ist allerdings auch schwer zu verneinen.

Wo wären wir ohne diese Gedanken, die im Grundgesetz stehen? Das ist aber schon fast wieder philosophisch. Und dies hilft bekanntlich im täglichen Leben nicht viel.

Stimmt es tatsächlich, dass die Ideen, Gedanken und Grundrechte unseres Grundgesetzes nur theoretisch sind?

Meinungsfreiheit

Stimmt nicht, hört man den einen oder anderen rufen! Ist es wirklich so?

Wenn dem nicht so ist, warum entsteht dann der Eindruck, dass viele unserer Kolleginnen und Kollegen Angst davor haben, ihre Meinung zu einem bestimmten Thema auf P-Online kundzutun?

Warum will man per Order-de-Muffti festlegen, welches Aussehen ein Poli-

zist/eine Polizistin haben muss? Braucht man einen Erlass, um den Bartwuchs, die Haartracht, den Ohrschmuck oder das Tattoo zu regeln? Oder hilft eine solche Vorschrift nur über die eigene Schwäche hinweg, nämlich nicht mit Menschen umgehen zu können?

Ich möchte auch keinen Kollegen, der große Kreolen trägt, oder der ungepflegt mit mir auf Streife geht, dies ist keine Frage. Was ist aber gepflegt oder was gehört sich nicht? Ist es gepflegt und dem Anlass entsprechend, dass bei einem landesweiten Trauergottesdienst viele Kolleginnen und Kollegen mit dem Polizeiparka mit Aufschrift „Polizei“ in der Kirche saßen, oder gehört sich das vielleicht nicht?

Ist es wirklich so schlimm, wenn ein Kollege einen Zopf hat? Das Bundesverfassungsgericht sagt hierzu nein – und jetzt?

Gewerkschaftliche Arbeit

Wie sieht es eigentlich mit der Verfassungstreue aus, wenn es um aktive Gewerkschaftsarbeit geht?

Das Bundesverfassungsgericht hat ordnerweise Entscheidungen gefällt, die sich mit gewerkschaftlicher Arbeit in Betrieben und Dienststellen auseinandersetzen. Es ist schon gigantisch, was da vonseiten der Betriebe und Dienststellen alles verboten werden sollte:

- **Werbung**
- **Mitgliedergewinnung**
- **Verteilen und Aushängen von Flugblättern**
- **Plaketten tragen**
- **freie Meinungsäußerung und vieles mehr.**

Entscheidungen werden ignoriert!

Doch jeden Tag steht irgendwo in diesem Land jemand auf, der die Meinung vertritt, dass er die Entscheidungen eines



Rüdiger Seidenspinner Foto: Studio Becker

Bundesverfassungsgerichtes ignorieren kann oder sie für ihn nicht gelten.

Es geht noch weiter. Lieber überlegt man vier Stunden, wie gesetzliche Verpflichtungen wie z. B.: die Beteiligung des Personalrats umgangen werden können, bevor man sich eine Stunde mit dem Personalrat zusammensetzt und die Themen bespricht.

Da gibt es erhebliche Bedenken, ob eine Gewerkschaft für sich werben darf, bevor man zur Erkenntnis gelangt, dass es die eigene Entscheidung jedes Einzelnen ist, dem Werben zu folgen. Hinweisen, die neu Eingestellten bei der Polizei sind doch noch zu jung, um zu entscheiden ob sie in eine Gewerkschaft eintreten, kann entgegengehalten werden, dass sie für die Entscheidung, zur Polizei zu gehen, nicht zu jung waren.

Das sei zu polemisch? Wie war doch der Eid? Ist dies im Sinne der Mütter und Väter des Grundgesetzes?

Ich habe einen Minister erlebt, der in einer sehr brisanten Angelegenheit den Mut besessen hat, die im Grundgesetz geforderte Unschuldsumsetzung zu akzeptieren.

Vielleicht sollten sich dieses Beispiel einige vor Augen halten.

Vielleicht könnte man sich diese Einstellung ja auch als Vorbild nehmen.

R. Seid



50 Jahre Landespersonalvertretungsgesetz Baden-Württemberg „Vertrauen ist gut – Personalräte sind besser!“

Baden-Württemberg kann alles – auch Mitbestimmung, von Wolfgang Schmidt, GdP-Landesredakteur

Am 30. Juni 1958 beschlossen die Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags das erste Landespersonalvertretungsgesetz. Zum 50. Jahrestag, am 30. Juni 2008 hatte der DGB, Landesbezirk Baden-Württemberg, die Personalräte seiner Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu einer Fachkonferenz in das Gewerkschaftshaus in Stuttgart eingeladen.

Dieses herausragende Datum kann all die Menschen nicht unberührt lassen, die täglich mit dem Landespersonalvertretungsgesetz als ein Zeichen innerbetrieblicher Demokratie in Baden-Württemberg umgehen, meinte der Landesvorsitzende des DGB Baden-Württemberg Rainer Bliesener. Mitbestimmung im öffentlichen Dienst sei ein wesentliches Element einer modernen kooperativen Verwaltungsorganisation und Verwaltungsführung. Aus Studien der Hans-Böckler-Stiftung weiß man, dass mitbestimmte Betriebe überdurchschnittlich produktiv und innovationsorientiert arbeiten und insgesamt die betriebliche Mitbestimmung positive Wirkungen erzielt. Was für die private Wirtschaft recht ist, kann für einen modernen öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg nur billig sein.

Deshalb will der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften im öffentlichen Dienst, dass die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nachhaltig verbessert werden. Die Mitbestimmungsdefizite müssen endlich aufgehoben und die bisherigen Mitwirkungs- und Anhörungsrechte zu vollen Mitbestimmungsrechten ausgebaut werden.

Anforderungen an ein modernes LPVG

In einem Fachreferat beleuchtete der Arbeitsrichter Wolf Klimpe-Auerbach die



Unser Bild zeigt die Expertenrunde. Mit auf dem Podium der stellv. Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner (links)

Anforderungen an ein modernes LPVG. Dem heutigen Landespersonalvertretungsrecht mangelt es aus seiner Sicht an der

- **Für die Durchsetzung moderner Verwaltungs- und Führungsmethoden unerlässliche Beteiligungstatbestände werden allenfalls als Mitwirkungs- und Anhörungsrechte zugebilligt.**
- **Die Beteiligungsrechte sind auf Einzelfragen ausgerichtet.**
- **Sie sind auf Maßnahmen und nicht auf Projekte oder Planungen fokussiert.**
- **Die Einschaltung der Personalratsgremien erfolgt nicht vor, sondern frühestens nach strategischen Weichenstellungen.**

Weg vom Mitbestimmungsausschluss unter Erlaubnisvorbehalt hin zur umfassenden Mitbestimmung, sind die Anforderungen an die Novellierung des LPVG Baden-Württemberg.

Alle Maßnahmen der Dienststelle müssen mitbestimmungspflichtig ausgestaltet werden, wenn sie die Beschäftigten der Dienststelle insgesamt, Gruppen von ihnen oder Einzelne betreffen oder sich auf sie auswirken (Allzuständigkeit).

Personalräte kommen zu Wort!

In einer Expertenrunde, an der auch der stellv. Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner teilnahm, berichteten Personalräte aus der täglichen Arbeit. Fazit dieser Diskussionsrunde war, dass den Kolleginnen und Kollegen klar gemacht werden muss, was es bedeutet, wenn das Gesetz verschlechtert wird.

In seiner Rede warf der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener die Frage auf, ob ein 50 Jahre altes Gesetz noch ins 21. Jahrhundert passt? Bliesener weiter, auch die öffentliche Verwaltung befindet sich in einem Strukturwandel. Ein oftmals hochkomplexer Wandel kann nur in enger und vertrauensvoller Kooperation von Führungspersonal und Beschäftigten erfolgreich sein.

Anforderungen an die Personalräte

Tiefgreifende Änderungen in der Arbeitswelt haben dazu geführt, dass die Ver-

Fortsetzung auf Seite 6



PERSONALVERTRETUNG*Fortsetzung von Seite 5*

waltungen und Betriebe des öffentlichen Dienstes einer erheblichen Erosion ausgesetzt sind.

Die Anforderungen an die Personalräte sind dadurch qualitativ als auch quantitativ gestiegen.

Neue Aufgabengebiete, wie z. B. Beschäftigungssicherung, Einführung neuer Arbeitstechniken und damit meist verbundene Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung, aber auch Veränderungen in den Beschäftigten- und Verwaltungsstrukturen, haben dazu geführt, dass das bestehende Landespersonalvertretungsgesetz den aktuellen Anforderungen an eine qualifizierte Mitbestimmung nur noch ungenügend gerecht wird.

Wir brauchen ein Personalvertretungsgesetz, das Vertretung im Sinne von Interessenvertretung nicht nur im Namen führt. Ein solches Gesetz muss auf der gleichberechtigten Mitbestimmung der Personalräte beruhen. Es muss Schluss damit sein, dass Personalräte und Dienststellen damit beschäftigt werden, vor dem Verwaltungsgericht darüber zu streiten, ob ein Entscheidungstatbestand mitbestimmungs-

pflichtig ist oder nicht.

Wie geht es weiter?

Aus dem Innenministerium überbrachte MD Rainer Arnold die Grüße der Landesregierung. Er führte aus, dass es derzeit keine konkreten Überlegungen für eine Novellierung des LPVG geben würde. Es liegt auch kein Referentenentwurf vor, wichtig ist jetzt die Evaluierung der Verwaltungsreform.

Auch von MdL Dr. Stefan Scheffold, CDU, der zusammen mit MdL Reinhold Gall, SPD, an der Podiumsdiskussion teilnahm, war nur zu erfahren, dass der Schwerpunkt der Arbeit auf der Erarbeitung der Dienstrechtsreform liegen würde und danach könnte die Novellierung des LPVG auf der Tagesordnung stehen. Er, Dr. Scheffold, glaube nicht an viele Einschränkungen zum jetzigen Gesetz, so wie es der DGB beschreibe.

MdL Reinhold Gall, SPD, dagegen sprach davon, dass wir auch schon das verteidigen müssten, was wir jetzt haben. Gall forderte eine bessere Einbindung der Personalräte in „Innere Entschei-

dungen“ der Dienststellen vor der hausinternen Abstimmung.

LPVG History

In einer weiteren Podiumsrunde erzählten Michael Rux von der GEW, Hermann Zanker von ver.die unter der Moderation von Wolfgang Schmidt, GdP, aus den Anfängen ihrer Personalratstätigkeit. Zusammengezählt standen fast 90 Jahre Personalratstätigkeit auf der Bühne und so mancher Schwank aus früheren Zeiten erheiterte die Zuhörer.

Resolution

Zum Schluss der Veranstaltung wurde von den Teilnehmern eine Resolution verabschiedet. Marion von Wartenberg, die stellv. DGB-Landesvorsitzende sagte in ihrer Schlussansprache, dass es endlich damit zu Ende sein müsse, dass sich Personalräte und Dienststelle vor dem Verwaltungsgericht treffen, um dort zu streiten, was mitbestimmungspflichtig ist und was nicht.

wosch**TERMINE****1. Polizei-Golf-Cup**

Am Montag und Dienstag, 22. 9. und 23. 9. 2008, findet auf der Anlage des GC Breisgau im Herbolzheimer Tutschfelden der 1. Polizei-Golf-Cup Baden-Württemberg 2008 statt. Teilnahmeberechtigt sind alle aktiven und ehemaligen Polizeibediensteten des Landes, sowie

Gäste, die Amateure sind und einem DGV-Mitgliedsclub angehören. Die höchste Stammvorgabe für Damen und Herren: Hcp -36.

Meldeschluss ist Donnerstag, 11. 9. 2008. Nähere Infos findet man im Intranet der Polizei BW auf der Seite des BPP

BW, Sportpokal (Ausschreibung).

Für Fragen stehen zur Verfügung:

E-Mail: d.knobl@t-online.de oder KurtDowideit@t-online.de

Telefon: Dietmar Knobel, 0 78 22/ 34 02 oder Kurt Dowideit, 0 78 25/51 38.

wosch**DIE GdP GRATULIERT HERZLICH ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR****POLIZEIHAUPTKOMMISSAR A11**

Heidelberg: Lothar Zeh. Konstanz: Fritz Bezikofer.

POLIZEIOBERKOMMISSAR

Göppingen PD: Henry Müller. Ludwigsburg: Udo Schimke.

POLIZEIKOMMISSAR

Göppingen PD: Harald Seitzer. Konstanz: Sven Mayer, Alexander Rummey.

POLIZEIHAUPTMEISTER

Ludwigsburg: André Grasse, Bjoern Haug.

POLIZEIOBERMEISTER/-IN

Göppingen PD: Tanja Wohland. Ludwigsburg: Andreas Baumann, Anna Damm, Michael Fiala, Daniel Friedrich, Ivonne Lechler.

ES TRATEN IN DEN RUHESTAND:

Karlsruhe PP: Herbert Hölzer. Stuttgart PP: Peter Rochow. Waldshut-Tiengen: Herbert Schnäbele.

(Wir bitten um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Kreisgruppe gemeldet wurden).

Zusammengestellt von A. Burckhardt



Silvester in Breslau

Zur Premiere „Figaros Hochzeit“ in der Breslauer Oper

4-tägige Busreise vom 30.12.2008 bis 02.01.2009

Reisepreis pro Person im DZ	€ 590,00
Einzelzimmerzuschlag	€ 100,00



30.12.2008: Anreise nach Breslau. Abendessen im Hotel, danach Abfahrt zur Breslauer Oper.

31.12.2008: Frühstück im Hotel, danach Stadtführung Breslau mit deutschsprachigem Stadtführer. Nachmittag Zeit zur freien Verfügung. (Die Stadtführung kann auch am 01.01.2009 erfolgen). Silvesterfeier mit Abendessen, Musik, Tanz und Programm im Hotel.

01.01.2009 Frühstück im Hotel. Sie haben den ganzen Tag zur freien Verfügung (oder Stadtrundfahrt). Abendessen im Hotel.

Eingeschlossene Leistungen: Fahrt in einem modernen Reisebus ab Stuttgart, Karlsruhe, Mainz oder Kaiserslautern. 3 Übernachtungen in einem guten 3***Hotel in Breslau; 2 x Abendessen im Rahmen der HP; 1 x Eintrittskarte Kat. 1 für Figaros Hochzeit am 30.12.2008.

Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen Anmeldeschluss: 26.09.2008



Nur für unsere Mitglieder zum sensationellen Bonuspreis

Mit der Costa Classica durch die Vereinigten Arabischen Emirate 7-tägige Schiffsreise ab/bis Dubai

Reisetermine: 08.02.; 15.02.; 22.02.; 01.03.2009

Kabinenbeispiele:

Reisepreis in der IA 2-Bett Innenkabine	€ 699,00	€ 499,00
---	---------------------	----------

Reisepreis in der AC 2-Bett Außenkabine	€ 899,00	€ 679,00
---	---------------------	----------

(weitere Kabinentypen und Preise auf Anfrage)

Treibstoffzuschlag	€ 30,00
--------------------	---------

Flug ab/bis Deutschland können Sie gerne über unser Reisebüro buchen. Preise und Flugzeiten auf Anfrage.

Anmeldeschluss: 31.08.2008.

Der neue Opel Agila

Abb. zeigt Sonderausstattungen.

Flex in the City www.psw-neufahrzeuge.de

Bitte fordern Sie für alle Reisen unsere detaillierten Reiseausschreibungen an.



Bei uns können Sie sich noch
große Sprünge leisten!

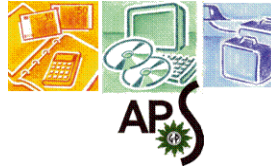


PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR
Christa + Björn Schmidt GbR
Maybachstr. 2 . 71735 Eberdingen
Tel.: 07042-879 223, 224 und 225
Fax: 07042-879 222
www.psw-gbr.de . info@psw-gbr.de

SENIOREN-INFO

AktivProgramm Senioren



GdP-Senioren auf großer Fahrt

Am 5. Mai 2008 starteten die GdP-Senioren aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, von Frankfurt und Stuttgart, zur ersten gemeinsamen GdP-Seniorenreise. Das Ziel war Zypern, die Insel der Aphrodite, der Göttin der Schönheit und Liebe.

Müde und ein bisschen abgespant kam die Reisegruppe spätabends auf dem Flughafen in Larnaca und im Hotel „The Golden Beach“ an. Völlig entschädigt von den Reisestrapazen wurden wir am anderen Morgen, beim Öffnen der Fenster. Unser Blick schweifte über die Hotelanlage und das Meer, das direkt an den Hotelgarten angeschlossen.

Sanfte Hügel und bewaldete Berge, weiße Sandstrände und bizarre Steilküsten, schattige Pinienwälder und karge Steppen, blumenübersäte Felder, azurblaues Meer und eine ewig lachende Sonne, begleiteten die GdP-Seniorinnen und Senioren während des gesamten Aufenthaltes in Zypern.

Schnell kam man ins Gespräch, hatte man sich doch einiges zu erzählen aus früheren Zeiten, aus dem Dienst. „Kennst Du den auch?“, „wo hast Du denn Dienst gemacht?“, waren die meistgestellten Fragen unter den Teilnehmern. Bald hatte man genügend Gemeinsamkeiten gefunden, sodass man sich stundenlang erzählen konnte.

Die Tage vergingen wie im Flug. Ausflüge nach Nicosia, der geteilten Stadt, zu den „Roten Dörfern“, nach Famagusta und weiter ins Landesinnere wurden von der Reiseleitung durchgeführt. Kopfschütteln war die Reaktion auf die durch Stacheldraht und Wachtürmen gesicherte Grenze zwischen dem griechischen und türkischen Teil Zyperns. Es war für uns einfach nicht so recht vorstellbar, dass in der heutigen Zeit zwischen Türken und Griechen noch solche Feindseligkeiten bestehen, dass diese Grenze von der UN gesichert werden muss.

Die gemeinsame Zeit verging wie im Flug und bald war der 12. Mai 2008 da



Die GdP-Senioren auf großer Fahrt



So schön kann Urlaub sein. Blick von den Hotelzimmern.

und es ging wieder nach Hause. Beim Abschiedsabend, dem eine Weinprobe vorausging und ein Candle-Light-Dinner folgte, wurde immer wieder gefragt: und wo fahren die GdP-Senioren nächstes Jahr hin?

Leider konnte darauf noch keine abschließende Antwort gegeben werden

aber die geäußerten Wünsche für die Zielgebiete werden in die Überlegungen für das Jahr 2009 einfließen.

Einhellige Meinung war, dass alle wieder mit der GdP in interessante Zielgebiete reisen würden.

wosch

